Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 4

Artikel: Die belgische Arbeiterpartei (POB.) in der Wirtschaftskrise
Autor: Halasi, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332088

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dem Faschismus und auch dem um die Arbeitslosen werbenden Kommunismus versetzt worden.

Die Not der Bauern hat in der Partei Hollands immer eine große Berücksichtigung gefunden. Voriges Jahr wurde ein tüchtiger Rapport veröffentlicht über die Agrarfrage. Eine Parteikommission war beschäftigt mit den Maßnahmen zugunsten der Mittelständler und Angestellten.

Um alle Maßnahmen, die Krisenpolitik, die Wirtschaftsforderungen, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Agrarpolitik und die Mittelstandsmaßnahmen einheitlich zusammenzufassen, beschloß der letzte Parteikongreß, einen *Plan der Arbeit* aufstellen zu lassen von einem neu zu errichtenden besonderen Sekretariat. Dieser Plan der Arbeit wird die Grundlage bilden für die ganze weitere Wirtschaftspolitik.

Der Plan wird die Führung der holländischen Politik zurückbringen an die Arbeiterklasse. Arbeitslosen und noch Beschäftigten, Bauern und Mittetständlern, Angestellten und Beamten wird er den Weg des Sozialismus klipp und klar zeigen. Wir fürchten hier weder den Faschismus noch den Kommunismus und werden auch mit der reaktionären bürgerlichen Politik der heutigen Regierung fertig werden.

Die belgische Arbeiterpartei (POB.) in der Wirtschaftskrise

Von A. Halasi, Bruxelles.

Belgien wurde später als die meisten andern Länder in die Wirtschaftskrise hineingerissen und von ihr weniger stark als diese betroffen. Es ging mit starken Reserven in die Krise. Dank der Stabilisierung des belgischen Francs auf einem relativ niedrigen Niveau im Jahre 1926, war sein Preisniveau verhältnismäßig niedrig, sein Export konnte sich daher vor Beginn der handelspolitischen Abschließung der Länder verhältnismäßig günstig entwickeln. Im Gegensatz zu andern Ländern war der belgische Bauernstand nicht stark verschuldet, ein die Lebenshaltungskosten stark verteuernder Agrarschutz war daher nicht erforderlich. Auch erlitt die belgische Wirtschaft relativ geringe Verluste durch die Zahlungsunfähigkeit des Auslandes.

War derart die Ausgangssituation Belgiens in der Krise relativ günstig, so zeigt die aktuelle Lage eine wesentliche Verschlechterung, und zwar sowohl vom *konjunkturellen* wie vom *strukturellen* Aspekt gesehen.

1. Was den konjunkturellen Aspekt anbelangt, so versteift sich die Krise von Monat zu Monat mehr. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 165,000, bei sehr verbreiteter Kurzarbeit. Die Stagnation auf dem Geld- und Kapitalmarkt und auf dem Gebiete der Anlagetätigkeit dauert an, ja zeigt eine weitere Abwärtsbewegung.

Die Ursache der Krisenverschärfung in Belgien liegt auf der Hand.

Die Länder, die zur Zeit eine bestimmte Erleichterung ihrer Lage zu verzeichnen haben, können dies einer aktiven, mehr oder weniger expansionistischen Wirtschaftspolitik verdanken. Belgien geht dagegen den von vielen andern Ländern verlassenen Weg der Deflation weiter, sowohl in der privatwirtschaftlichen wie in der staatsfinanziellen Sphäre. Preise und Löhne sinken, daher die fortschreitende Produktionsschrumpfung, was dann weitere Preis- und Lohnsenkung verursacht; dies ist die gefährliche Spirale der Depression. Die Steuereingänge sinken und daher werden die Staatsausgaben gedrosselt mit der Wirkung einer weiteren Schrumpfung der Massenkaufkraft und der Produktion usw.

Die Hauptursachen für das Festhalten an dieser gefährlichen Deflationspolitik ist die Exportabhängigkeit Belgiens, das gewöhnlich etwa die Hälfte seiner industriellen Produktion auszuführen pflegt. Sie erfordert niedrige Preise der Exportartikel. Den Weg der Devalvation, der die Goldpreise des Exportes in der ersten Periode automatisch senken würde, wollen die sich häufig ablösenden Regierungen nicht betreten. Unter dem Eindruck der Geldentwertung durch die Inflation der Kriegs- und Nachkriegsjahre herrscht große Inflationsangst; mit der Devalvation wird die Vorstellung einer Inflation verbunden. Dazu kommt das in Belgien sehr starke Rentner-Interesse.

Die gegenwärtige Deflationspolitik bietet aber keinen Ausweg. Mag man die Selbstkosten durch weitere Deflation noch so herabdrücken, eine wesentliche Erhöhung der Ausfuhr läßt sich davon angesichts der Absperrungstendenzen in der Weltwirtschaft nicht erwarten. Was aber den inneren Markt anbelangt, so ist es eine leere Hoffnung, diesen durch Fortsetzung der Deflation in Gang zu bringen. Eine gleichmäßige Senkung aller Geldausdrücke, der Löhne, der Zinsen, der Lebenshaltungskosten usw., ist im gegenwärtigen Wirtschaftssystem eine Illusion. Sie wird, trotz vieler Redensarten, überhaupt nicht ernstlich in Angriff genommen. Die Voraussetzungen einer gleichmäßig und in gleichem Tempo durchgeführten Deflation liegen bei der großen Macht der Plutokratie und der Besitzinteressen nicht vor. Im übrigen würde selbst ein Gelingen einer derartigen Deflation kaum die Lösung bringen, da eine Preissenkungspolitik bekanntlich nicht geeignet ist, die Produktion anzuregen.

Die *Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens* (POB.) bekämpft daher die Deflationspolitik. Sie führt vor allem den Kampf gegen die Deflation der Staatsausgaben, vor allem die Herabsetzung der sozialen Ausgaben. Dieser Kampf ist um so schwieriger zu führen, da die Regierungen die Deflation der Staatsausgaben nicht allein wegen der Entlastung des Staatsbudgets wünschen, sondern auch deshalb, um die Deflation in der Privatwirtschaft zu fördern, um insbesondere diese zu weiteren Lohnherabsetzungen zu ermuntern.

Kämpft die belgische Arbeiterpartei gegen die Deflation, so ist sie in ihrer Mehrheit zur Zeit auch gegen eine Devalvation der Währung. Dies nicht allein deshalb, da die Devalvation heute in breiten Volkskreisen eine sehr unpopuläre Forderung ist, sondern auch aus wirt-

schaftlichen Erwägungen. Die Devalvation könnte, es ist wahr, die notwendige Vorbedingung einer expansiven Produktions- und Kreditpolitik zur Belebung des inneren Marktes schaffen und gleichzeitig auch die Ausfuhr von einem Rückgang bewahren, ja sie fördern. Das gegenwärtige Herrschaftssystem würde aber die Devalvation zweifellos nicht in diesem Sinne durchführen. Sie würde die Devalvation benützen, um allein durch Darniederhaltung der Preise die Ausfuhr zu fördern, nicht aber dazu, den inneren Markt anzukurbeln. Die Devalvation derart auszunützen, würde aber der Arbeiterklasse viel mehr schaden als nützen. Die Ausfuhr würde in der gegenwärtigen Weltlage nicht ausreichend steigen, infolge der Steigerung der Preise und der Lebenshaltungskosten entstünde aber per Saldo eine Senkung des Reallohnes der Arbeiterklasse, außer der unvermeidlichen Senkung des Realwertes der kleinen Ersparnisse. Solange die Arbeiterpartei nicht in der Lage ist, ihre eigenen Wirtschaftsideen zu verwirklichen, hat sie allen Grund, sich gegenüber der Devalvation skeptisch zu verhalten.

2. Diese Ueberlegungen führen uns zum *strukturellen* Aspekt des belgischen Wirtschaftsproblems und damit zum Plan der Arbeit von Hendryk *de Man*, der seit Weihnachten 1933 das offizielle Programm der POB. ist. Die Zeit der hemmungslosen automatischen Wirtschaftsentwicklung ist für Belgien vorbei. Seine Ausfuhr — ob Deflation oder Devaluation — kann sich in absehbarer Zeit nicht in dem Maße entwickeln, daß sie der Bevölkerung eine gesicherte Lebensunterlage, geschweige denn den Wohlstand sichern kann. Um die Ausfuhr auch nur zu erhalten, wird es großer, planmäßiger Anstrengungen bedürfen, mit der Einsetzung mannigfaltiger staatlicher Macht- und Finanzmittel. Belgiens Produktivkräfte könnten dagegen auf dem inneren Markt noch stark entwickelt werden, es sind dafür zweifellos große Möglichkeiten vorhanden. Dazu ist aber eine wesentliche Wandlung seiner Wirtschaftsführung notwendig.

Es bedarf dazu eines starken Staates, nicht im Sinne irgendeines antiparlamentarischen Diktatursystems, sondern im Sinne einer entschlußfähigen, verantwortlichen Exekutive mit starker Aktionsfähigkeit, vor allem aber bedarf es dazu der *Unabhängigkeit von der Hochfinanz*. Gegenwärtig ist die Hochfinanz die größte Macht in diesem Lande. Diese steht dem Staat als ebenbürtiger Partner gegenüber. Die Banken, insbesondere eine Mammutbank, die Société Générale, besitzt in Belgien den überwiegenden Teil der Großindustrie, in gleichem Ausmaß etwa wie in Oesterreich die Kreditanstalt bis zu ihrem Zusammenbruch. Die Banken entscheiden über die Investitionspolitik und zum großen Teil auch über die Lohnpolitik. Von ihnen ist auch der Staatskredit abhängig, der langfristige und noch mehr der kurzfristige. Der Staat muß zur Befriedigung seines Kreditbedarfs um die Gunst der Hochfinanz werben und sich deren Bedingungen unterwerfen. Die Hochfinanz ist dazu noch die wirkliche Beherrscherin auch der Zentralbank.

Wie kann man mit einer solchen, dem Staat gegenüberstehenden

Macht planmäßige Wirtschaftspolitik treiben? Eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen, Außenhandel usw. planmäßig, im Interesse einer gleichmäßigen, womöglich krisenfesten, sozial unterbauten Entwicklung der Produktivkräfte zielbewußt gestalten will? Zumal eine solche Wirtschaftspolitik sich zunächst der Ueberwindung der aktuellen Depression wird widmen müssen. Dazu muß sie aber unter Anspannung des Staatskredites eine expansive Wirtschaftspolitik betreiben.

Die Forderung nach der *Nationalisierung des Bankwesens*, die im Mittelpunkt des Plans der Arbeit steht (gemeint ist dabei nur die Hochfinanz, das heißt die Großbanken), entspricht demnach nicht nur einem ideellen Wunsch der Sozialisten, sie ist gleichzeitig eine aktuelle und reelle Forderung zur Lösung der Wirtschaftskrise. Die Aussichten dieses Kampfes sind unter den besonderen Verhältnissen Belgiens nicht ungünstig. In der Bevölkerung herrscht auch außerhalb der Arbeiterklasse tiefe Unzufriedenheit und Mißtrauen gegenüber der Hochfinanz. Die Kleinbürger, diese breite und wichtige soziale Schicht Belgiens, sind ihr, vornehmlich seit dem katastrophalen Börsensturz der Wertpapiere in der Krise, zu großen Teilen unfreundlich gesinnt. Sie beschuldigen die Hochfinanz, die Kurse in der Konjunkturzeit künstlich hochgetrieben und das Publikum zu Käufen zu unvernünftigen Kursen angeregt zu haben. Die Animosität gegenüber der Hochfinanz steigt seither. Die soviel erwähnte »antikapitalistische Sehnsucht« des Mittelstandes wird, soweit es sich um die Banken handelt, in Belgien mehr und mehr zur Wirklichkeit. Im Lager der christlichsozialen Gewerkschaften und vor allem in der recht radikalen Jugendbewegung der Christlichsozialen treten diese Tendenzen stark hervor. Derart ist die Sozialisierung des belgischen Bankwesens, die im Mittelpunkt des Planes von de Man steht, keineswegs eine utopische Forderung, die allein beim Zusammensturz des gegenwärtigen Systems und der revolutionären Machtübernahme des Proletariats verwirklicht werden könnte. Sie ist wohl denkbar in einer Koalition der POB. mit anderen Parteien, wobei die aktive Führung der Sozialisierungs- und der expansiven Antikrisenpolitik freilich bei der POB. liegen müßte. Niemand kann es freilich voraussagen, ob diese Entwicklung tatsächlich erfolgen wird, da sie doch von vielen Faktoren abhängig ist. — Man darf bei allen diesen Dingen zum Beispiel die Macht der Kirche, die in Belgien sehr groß ist, nicht außer acht lassen. Daß die Banken selbst, gestützt auf ihre Presse, alles aufbieten, um die Propaganda zugunsten des Plans der Arbeit zu durchkreuzen, braucht kaum gesagt zu werden.

Die neue Regierung *Theunis* ist wohl der letzte und unseres Erachtens hoffnungslose Versuch, sich aus der Krisensituation mit Deflationsmethoden zu retten. Man kann nicht wissen, was nachher kommen wird, doch allem Anschein nach arbeitet die Zeit diesmal *für* die POB. und für ihren Plan der Arbeit. Man wird wohl auch zugeben, daß die Plan-Propaganda ein wichtiges und hoffentlich auch erfolgreiches Mittel des antifaschistischen Kampfes darstellt.

	Finnland	*Schweden*	*Norwegen*	*Dänemark*	*Holland*	*Belgien*	*Schweiz*
Bevölkerungszahl (1930) . . .	3,634,000	6,105,000	2,810,000	3,457,000	7,832,000	8,060,000	4,066,400
Fläche des Landes: km² (1930)	388,279	448,460	323,795	44,326	34,222	30,444	41,295
Mitgliederzahl der Gewerkschaften (Ende 1932)	18,930	638,593	162,000	300,000	335,465	608,579	229,819
Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei	23,918	326,734	95,327	149,120	87,912	568,191	52,966
Valuta (12. Nov. 1934) NB. in Schweizerfranken:	100 Marka = 72½	100 schwed. Kronen = 79.—	100 norweg. Kronen = 77.—	100 dän. Kronen = 68.40	100 holländ. Gulden = 207.70	100 belg. Franken = 71.70	
Wahlart des Parlaments:	Verhältniswahl	Verhältniswahl	Verhältniswahl	Verhältniswahl	Verhältniswahl	Verhältniswahl	Verhältniswahl